

(Präsidentin Friebe)

- (A) Handzeichen. - SPD. Wer ist dagegen? - F.D.P. und GRÜNE. Wer enthält sich der Stimme? - CDU. Damit sind diese drei Absätze so beschlossen.

Ich lasse jetzt über den Rest abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - SPD und GRÜNE. Wer ist dagegen? - CDU und F.D.P. Damit ist auch der Rest angenommen.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über den Entschließungsantrag. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - SPD. Wer ist dagegen? - CDU, F.D.P. und GRÜNE. Enthält sich jemand der Stimme? - Damit ist der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD so beschlossen.

Ich rufe jetzt den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/8180 auf, Einzelplan 08 - Subventionen abbauen - Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft sichern. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - F.D.P. Wer ist dagegen? - SPD, CDU und GRÜNE. Enthält sich jemand der Stimme? - Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

- (B) Es folgt der Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/8177, Globalantrag - Stichwort: Kurswechsel in der Haushaltspolitik. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - F.D.P. Wer ist dagegen? - SPD und GRÜNE. Enthält sich jemand der Stimme? - Dieser Entschließungsantrag ist bei Enthaltung der Fraktion der CDU ebenfalls abgelehnt.

Meine Damen und Herren, mit der Abstimmung über die Entschließungsanträge sind die Haushaltsplanberatungen 1995 beendet. Damit ist auch dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Zehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 11/8114 (Neudruck)

zweite Lesung

in Verbindung damit:

Zehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/8122 (Neudruck)

Beschlußempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses
Drucksache 11/8184

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile der Frau Abgeordneten Fischer für die Fraktion der SPD das Wort.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

Abgeordnete Fischer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Parlament hat die unbequeme und unpopuläre Verpflichtung, über die Abgeordnetenbezüge selbst zu entscheiden.

Um diese Verpflichtung verantwortlich wahrzunehmen und die jeweilige Entscheidung nachvollziehbar und transparent zu machen, hat sich der Landtag vor zehn Jahren auf eine Diätenregel verständigt, die für jeden nachvollziehbar ist.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Auf dieser Diätenregel beruht der jährliche Bericht der Präsidentin. Für 1995 kommt die Präsidentin in ihrem Bericht zu dem Ergebnis, daß die Diäten um 4,23 % erhöht werden müßten.

In den Ausschüßberatungen haben die CDU-Fraktion und die Fraktion der GRÜNEN diese Anhebung der Diäten abgelehnt. Ich weiß nicht, ob sie sich darüber im klaren sind, was dies für Konsequenzen hat. Das heißt deutlich, daß CDU und GRÜNE aus dieser Regel, die wir vor zehn Jahren beschlossen haben, aussteigen wollen. Das heißt zugleich, sie gefährden damit die Grundlage für eine verantwortliche, durchschaubare und objektiv begründete Diätenentscheidung, die wir hier im Landtag treffen können.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

(C)

(D)

(Fischer [SPD])

- (A) Frau Hieronymi hat in ihrer letzten Rede hier im Plenum begründet, daß ihre Fraktion diese Entscheidung nicht mittragen werde, sondern zu einer anderen Entscheidung komme, weil sie Vergleiche zu den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes anstelle. Nun muß man ausdrücklich sagen, daß das Bundesverfassungsgericht es sogar verbietet, bei der Bemessung der Abgeordnetenbezüge eine einzige Arbeitnehmergruppe heranzuziehen.

Wenn Ausnahmen zur Regel werden und Sie das fordern, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und den GRÜNEN, dann müssen Sie auch einen neuen Vorschlag auf den Tisch legen, wie denn eine zukünftige Diätenregel aussehen soll, wie ein Berechnungssystem sein soll. Einen solchen Vorschlag kenne ich bis heute nicht, auch nicht aus den Diskussionen. Das heißt: Sie machen einfach Vorschläge, die populistisch sind, die nicht begründet und für Außenstehende nicht nachvollziehbar sind, boykottieren damit eigentlich die Entscheidung, die wir insgesamt als Landtag tragen können, und zerstören ein System, das für uns bemeßbar und darstellbar und für die Öffentlichkeit transparent wäre.

- (B) Wir machen die unaufrichtige Gerechtigkeitsdebatte der CDU, die sie in der Diätenfrage führt, nicht mit. Wir Sozialdemokraten bleiben auch vor der Wahl ehrlich. Wenn es in der CDU ein ernstes Anliegen ist, in unserem Land soziale Gerechtigkeit zu bewahren und das solidarische Miteinander zu stärken, dann laden wir Sie gern dazu ein, sich mit uns gemeinsam dafür einzusetzen, daß wir eine solidarische Steuerpolitik, eine verantwortungsbewußte Sozialpolitik und eine entschlossene Arbeitsmarktpolitik betreiben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Hardt für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Hardt (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben Ihnen mit Drucksache 11/8114 einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die zwischenzeitlich eingetretene Lohn- und Gehaltsentwicklung mit 2 % sowie die Veränderung der Lebenshaltungskosten nach den prozentualen Vorschlägen der Präsi-

tin zum Inhalt hat, darüber hinaus die finanziellen Auswirkungen des Pflegeversicherungsgesetzes vom 26. Mai 1994, die ab dem 1. Januar 1995 auch für die Mitglieder der Parlamente mit einem Dreihundertfünfundsechzigstel in Anrechnung kommen müssen. (C)

Frau Kollegin Fischer, Sie haben schon in der ersten Lesung behauptet - ich zitiere Sie hier wörtlich, wenn Sie, Herr Präsident, gestatten -: "CDU und GRÜNE wollen erneut aus dem System ausbrechen." Ich weise für die CDU-Fraktion diesen Vorwurf zurück. Denn, meine Damen und Herren, in eigener Sache behalten wir unsere Souveränität und lassen uns von niemand hier in diesem Hause bevormunden.

§ 23 des Abgeordnetengesetzes, also die Vorschrift über den Bericht über die Angemessenheit der Entschädigung und die Beschlußfassung darüber, beinhaltet nach Auffassung der SPD eine starre Automatik, von der man nicht abweichen dürfe. Diese Behauptung, Frau Fischer, hält keiner Überprüfung stand, ganz abgesehen davon, daß ein Gesetz nicht vorgeben kann, wie ein Abgeordneter dieses Hauses zu entscheiden hat. Andernfalls brauchten wir bei den Diätenerhöhungen keine erste und zweite Lesung mehr, sondern könnten den Bericht der Präsidentin direkt zum Gesetz erheben, und dies von Jahr zu Jahr. Das ist nicht möglich. (D)

Ich möchte daran erinnern, Frau Fischer, daß Sie schon dreimal anders gehandelt haben: Beginn der Diätenerhöhung 1992 nicht zum 1. Januar 1992, wie die Präsidentin vorgeschlagen hatte, sondern zum 1. März 1992. Dann haben Sie 1992 den Vorschlag der Präsidentin von 5,23 % nicht übernommen, sondern mit uns 3,5 % beschlossen. 1993 hatte die Präsidentin eine Erhöhung um 4,6 % vorgeschlagen, während wir eine Nullrunde eingelegt haben. Das alles war in diesem Hause einvernehmlich. Mindestens in den letzten Jahren haben Sie also Abweichungen beschlossen, und all das, was wir hier beschlossen haben, war einvernehmlich. Die SPD kann uns, der CDU, nunmehr nicht vorwerfen, daß wir aus dem System ausbrechen wollen. Die SPD hat gerade beim § 23 des Abgeordnetengesetzes in der Vergangenheit Abweichungen mitgemacht.

Wir haben in der CDU-Landtagsfraktion mehrmals über die Diätenerhöhung für das Jahr 1995 beraten und sind immer zu der gleichen Auffassung

(Hardt [CDU])

- (A) gelangt: daß wir den Bediensteten im öffentlichen Dienst nicht Opfer und Gehaltsverzicht abverlangen können, während wir uns Erhöhungen um mehr als 2 % zubilligen. Hierfür ist für uns ein Vergleich mit der Entwicklung der Gehälter der Beamten und Angestellten in den letzten sieben Jahren, der schon in der Debatte im vorigen Jahr eine Rolle gespielt hat, sehr bedeutsam gewesen.

Im Jahre 1989 ist die Beamtenbesoldung gegenüber dem Jahr 1988 um 1,4 % erhöht worden; unsere Diäten haben wir um 3,45 % erhöht. 1990 haben die Beamten in diesem Land 1,7 % mehr bekommen; wir haben unsere Diäten um 3,3 % erhöht. Im Jahre 1991 - ich weiß, daß das wehtut - haben die Beamten 6,0 % mehr bekommen, wir 3,9 %. Im Jahr 1992 erhielten die Beamten 5,4 % mehr, wir 4,7 %. 1993 wurden die Beamtengehälter um 3,0 % erhöht, unsere Diäten um 3,47 %. 1994 erhielten die Beamten des höheren Dienstes keine Gehaltserhöhung; auch die Abgeordnetendiäten wurden nicht erhöht.

Das ergibt in diesen sieben Jahren bei den Beamten des höheren Dienstes in diesem Land eine Steigerung um 19,5 %, bei den Abgeordnetenbezügen eine Steigerung um 20,82 %. Sie ersehen daraus, daß die Entwicklung der Gehälter der Beamten des höheren Dienstes mit der Entwicklung der Abgeordnetendiäten nicht Schritt gehalten hat.

(B)

(Zuruf des Abgeordneten Dorn [F.D.P.])

Somit ist die von uns vorgeschlagene zweiprozentige Erhöhung zum 1. Januar 1995 mit der Entwicklung im öffentlichen Dienst vergleichbar. Wir meinen, daß wir auch in der Verantwortung sind, uns hier einzubinden.

Meine Damen und Herren, wir wollen prozentuale Gleichheit herstellen und meinen, daß wir, um ein gutes Beispiel zu geben, mit einer Diätenerhöhung um 2 % dasselbe erhalten sollten, was wir dem öffentlichen Dienst zum 1. Januar 1995 zugemutet haben. Das ist, wie schon der Vergleich gezeigt hat, angemessen. - Die übrigen prozentualen Erhöhungen in dem Vorschlag der Präsidentin übernehmen wir.

Ich darf Sie abschließend bitten, damit Sie sich nicht mehr zubilligen als den Beamten hier in diesem Lande, sich unserem Gesetzentwurf anzuschließen. Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Das war der perfekte Vergleich zwischen Äpfeln und Himbeeren!)

(C)

Vizepräsident Dr. Klose: Das Wort hat Herr Kollege Tschoeltsch für die Fraktion der F.D.P.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte gehofft, daß der Kollege Hardt von der CDU auf die Argumente eingeht, die ich bei der ersten Lesung vorgetragen habe. Herr Kollege Hardt, ich möchte das noch einmal in Erinnerung rufen. Sie haben als parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion dafür gesorgt, daß die Abgeordneten, die viel arbeiten, bestraft werden. Ich darf in Erinnerung rufen, daß das unsere Fraktion trifft.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Wo ist Ihr Änderungsantrag dazu?)

- Es waren Sie, Herr Kollege Hardt, der dafür gesorgt hat, daß die Abgeordneten, die hier im Landtag eine Mitarbeiterin in ihrem Büro beschäftigen, eine Bürokostenpauschale von 250 bzw. 500 DM netto abzuführen haben. Herr Kollege Hardt, das trifft bei unserer Fraktion voll zu. Selbst bei der Diätenerhöhung, wie sie SPD und F.D.P. heute hier vorschlagen, bedeutet das für den einzelnen Abgeordneten, daß er auch nach der Erhöhung weniger bekommt als zum 01.01.1993.

(D)

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Dafür haben Sie gesorgt. Mehr brauche ich gar nicht mehr auszuführen. Das ist der Grund dafür, warum die F.D.P. mit der SPD zusammen diesen Gesetzentwurf eingebracht hat. Wir lehnen den Gesetzentwurf der CDU und auch das Ansinnen der GRÜNEN ab. Neue Argumente haben sie nicht vorgetragen. Deshalb nochmals: Wir lehnen ihre Anträge ab und stimmen unseren zu. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Kreutz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(A) **Abgeordneter Kreutz (GRÜNE):** Die GRÜNE-Landtagsfraktion ist immer noch ihrer Meinung von letzter Woche. Das heißt: Die Neuregelungen im Abgeordnetengesetz, die im Zusammenhang mit der Einführung der Pflegeversicherung stehen, finden unsere Zustimmung. Aber die Teile, die eine Erhöhung unserer Bezüge zum Inhalt haben, lehnen wir ab, und deshalb auch die Beschlussempfehlung.

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Aber das Geld nehmen Sie trotzdem!)

- Herr Kollege Dorn, ich will hier nicht all das wiederholen, was ich bei der ersten Lesung zum Thema "Diätenerhöhung" gesagt habe, aber ein paar Bemerkungen möchte ich noch machen.

Meine Damen und Herren, Sie haben vorhin in den Abstimmungen über den Haushalt einen Antrag abgelehnt, der einen Betrag von 32 000 DM für die Finanzierung von 0,7 Sonderpädagogenstellen zum Ziel hatte, um in der Stadt Bonn einen zweiten Integrationsschulversuch für das gemeinsame Lernen und Leben von Kindern mit und ohne Behinderung zu ermöglichen. In fünf Jahren würde sich das, wenn es sich von unten nach oben durchgezogen hat, auf einen Betrag von insgesamt etwa 400 000 DM belaufen. Sie haben mit Ihrer Ablehnung dieses Antrags vorhin deutlich gemacht, daß dafür kein Geld da ist. Aber die Bürgerinnen und Bürger fragen sich natürlich: Wenn sie dafür kein Geld haben, warum glauben sie dann, 1,4 Millionen DM allein im kommenden Jahr für mehr Abgeordnetendiäten ausgeben zu müssen?

(Abgeordneter Frey [SPD]: Weil jeder Arbeitnehmer einen Anspruch auf Gehaltserhöhung hat!)

Mit der gleichen Summe, die Sie jetzt sozusagen unter uns ausschütten wollen, könnten Sie auch 15 normale Lehrerstellen finanzieren oder das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" um 50 Stellen aufstocken, oder Sie könnten mindestens 10 zusätzliche Sozialwohnungen im ersten Förderweg daraus bauen.

(Abgeordnete Berger [SPD]: Das wäre noch besser!)

Aber Sie erwecken hier den Eindruck, daß gegenüber solchen Fragen die Erhöhung unserer Diäten

eine vorrangige Aufgabe der Landespolitik in der heutigen Zeit sei. (C)

(Abgeordneter Kern [SPD]: Diese Scheinheiligkeit!)

Und das wird draußen nicht mehr nachvollzogen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten - Abgeordneter Frey [SPD]: Gibt es denn wenigstens Essensgutscheine?)

Ich weiß natürlich, daß derjenige, der in der Politik ausspricht, was Bürgerinnen und Bürger draußen denken, nur allzu leicht in den Verdacht des Populismus gerät.

Und es ist sicher richtig: Wenn man Abgeordnetenbezüge zum Beispiel mit den Beträgen vergleicht, die im Management gezahlt werden, und zwar von Unternehmen, die ansonsten gebetsmühlenartig verkünden, daß sie von den Kosten erdrückt werden und deshalb jetzt die Tarifverträge demontieren müssen, dann fragt man sich natürlich zu Recht, ob sich die veröffentlichte Meinung mit der Skandalisierung der Diätenfrage immer die richtige Zielscheibe aussucht. Aber dennoch sind wir hier verantwortlich für das, was wir tun und was wir lassen.

(Abgeordneter Frey [SPD]: Ja, genau!) (D)

Beispiele für schlimmere Mißstände an anderen Orten rechtfertigen keineswegs Fehlentscheidungen, die wir zu verantworten haben.

(Abgeordneter Frey [SPD]: Gucken Sie mal in den Spiegel!)

Uns liegt es fern, Ihnen im Zusammenhang mit der Diätenfrage pauschal eine Abzockermentalität zu unterstellen. Ich glaube vielmehr, daß es nicht wenige Kolleginnen und Kollegen gibt - wenn nicht gar eine Mehrheit -, die im privaten Kreis es ebenso bedauerlich finden wie ich, daß wir ab 1. Januar diese schönen 1,4 Millionen DM für Diäten ausgeben, während es an immer mehr Ecken des Landes brennt und das Wasser zum Löschen fehlt.

(Abgeordneter Frey [SPD]: Das erzählen Sie mal den Arbeitnehmern!)

(Kreutz [GRÜNE])

- (A) Ich bin auch bereit zu glauben, daß nicht wenige von Ihnen in Zukunft die eine oder andere Spende an soziale, kulturelle oder karitative Einrichtungen vielleicht in ihren Heimatkommunen zusätzlich abdrücken. Aber ich kann nicht begreifen, aufgrund welcher Zwangsmechanismen jetzt etwas beschlossen werden muß - koste es, was es wolle - ,

(Hoi, hoil bei der SPD - Abgeordneter Frey [SPD]: Der fängt gleich an zu singen!)

das zwar rechtlich einwandfrei ist - da besteht kein Dissens, rechtlich ist das einwandfrei -, das aber in der heutigen Zeit zweifelsohne wenigstens als politische Instinktlosigkeit gewertet werden wird.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Warum man das jetzt unbedingt machen muß, das sollte mir in einer stillen Stunde mal jemand aus den Fraktionen erklären, die das jetzt für so maßlos wichtig halten.

Meine Damen und Herren, wir finden, eine Diätenerhöhung paßt nicht in die Zeit. Dieses Geld hat viele, viele andere, viel sinnvollere und viel drängendere Verwendungszwecke in Nordrhein-Westfalen. - Ich danke Ihnen.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Beratung.

Wir haben abzustimmen - erstens - über den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 11/8114 (Neudruck). Der Hauptausschuß empfiehlt in Nummer 1 seiner Beschlussempfehlung Drucksache 11/8184, diesen Gesetzentwurf abzulehnen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, der möge bitte das Handzeichen geben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Hellwig [SPD]: Nur gegen einen Teil der CDU!)

- Ich habe alle gesehen. - Damit ist der Gesetzentwurf der CDU entsprechend der Beschlussempfehlung in zweiter Lesung abgelehnt.

Wir haben - zweitens - über den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/8122 (Neudruck) abzustimmen. Der Hauptausschuß empfiehlt in Nummer 2 seiner Beschlussempfehlung Drucksache 11/8184, den Gesetzentwurf mit einer Änderung zu § 20 Abs. 3 anzunehmen. Wer seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung mit den Stimmen der beiden antragstellenden Fraktionen gegen die Stimmen der beiden anderen Fraktionen angenommen. Der Gesetzentwurf ist damit verabschiedet.

(C)

Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Den Teufelskreis durchbrechen - für eine neue Drogenpolitik in Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/3799

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
Drucksache 11/8144

(D)

Ich verweise weiter auf den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 11/8214.

Ich eröffne die Beratung. Bevor ich dem ersten Redner das Wort erteile, bitte ich die Unterhaltungen einzustellen. - Bitte schön, Herr Kollege Champignon.

Abgeordneter Champignon (SPD*): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Politik muß verlässlich, nachvollziehbar und verständlich, aber auch mutig und veränderbar sein. Gerade die Drogenpolitik muß sich um diese Eigenschaftswörter bemühen; denn sie zählt zu den besonders sensiblen Bereichen, in denen sowohl das Selbstverständnis der Gesellschaft als auch das Überleben des einzelnen häufig auf dem Spiel stehen. Um so dringender brauchen wir einen Konsens über die Wege in der Drogenpolitik.